

## **Hauptergebnisse des Berichts auf der Grundlage von Eurobarometer 54.2**

### **EINSTELLUNGEN DER EUROPÄER GEGENÜBER BEHINDERUNGEN**

**Der Bericht über „Europäer und Behinderung“, der auf der Grundlage des Eurobarometer (54.2/2001) entstand, für das im Zeitraum vom 2. Januar bis zum 6. Februar 2001 mehr als 16 000 Bürger der EU befragt wurden, gelangt zu den folgenden Hauptergebnissen:**

- Nahezu sechs von zehn Europäern kennen in ihrem engeren oder weiteren Umfeld jemanden, der von einer Langzeiterkrankung, Behinderung oder Invalidität betroffen ist. Mehr als 5 % der Bürger der EU betrachten sich als behindert.
- 76 % Befragten in EU-15 sind der Meinung, dass für Blinde der Zugang zu den wichtigsten öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen schwierig ist. 73 % meinen, der Zugang sei für geistig Behinderte zu schwierig, 71 % finden ihn für körperlich Behinderte, und 54 % für Gehörlose nicht einfach genug. 57 % der Befragten geben jedoch an, der Zugang zu öffentlichen Räumen habe sich im Verlauf der letzten zehn Jahre verbessert.
- 66 % der Befragten in EU-15 sind der Auffassung, dass im Wesentlichen die lokalen Behörden dafür zuständig sind, den Zugang zu den öffentlichen Räumen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Für 55 % ist die Regierung zuständig, für 30 % sind es Arbeitgeber und Unternehmen und für 28 % ehrenamtliche oder karitative Einrichtungen. Die Europäische Union steht mit 16 % an 5. Stelle.
- Angesichts einer Liste von 21 Arten von Behinderungen räumen 57 % der Befragten in EU-15 ein, sie seien über diese Behinderungen nicht ausreichend informiert. Nur bei vier Arten von Behinderungen geben mindestens 50 % der Befragten an, sie seien darüber informiert. Dies sind in absteigender Reihenfolge Krebs (61 %), Asthma und Diabetes (58 %) und Arthritis (54 %). Fast ein Viertel der Europäer vermutet, dass 20 % oder mehr der Bevölkerung ihres Landes in irgendeiner Form körperlich behindert sind.
- 97 % der Befragten in EU-15 sind der Meinung, es müsse etwas für die bessere gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen unternommen werden. 93 % wünschen sich, dass mehr Mittel bereitgestellt werden, um physische Hindernisse zu beseitigen, die das Leben von behinderten Menschen erschweren.

**Diese Studie stellt die öffentliche Meinung in Europa zu Beginn des Jahres 2001 dar und bildet die Grundlage für Überlegungen im Hinblick auf das Jahr 2003, das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“.**

Die Ergebnisse dieser Studie lassen sich den folgenden fünf Schwerpunkten zuordnen:

## **I. Europäer und Menschen mit Behinderungen**

- Die Mehrheit der Bürger in der EU kennt mindestens einen behinderten Menschen und bekundet ein starkes Interesse am Thema Behinderung.

Etwa sechs EU-Bürger von zehn kennen in ihrem unmittelbaren oder mittelbaren Umfeld einen Menschen mit einer Langzeiterkrankung, Behinderung oder Invalidität. Ein Viertel der Europäer erklärt, ein Familienmitglied sei behindert. Weniger als 2 % geben jedoch an, dass sie in der Schule ein behindertes Kind kennen, und nur 4 % haben einen behinderten Arbeitskollegen.

Die Mehrheit der Befragten in Schweden (75 %), in Finnland (74 %), in den Niederlanden (73 %) und in Dänemark (71 %) erklärt, mindestens einen behinderten Menschen zu kennen. Näher am europäischen Durchschnitt (von 58 %) und am oberen Ende der Skala liegen Italien (61 %), Irland (60 %), Belgien (59 %) und Spanien (59 %), gefolgt vom Vereinigten Königreich (58 %), Deutschland (55 %), Österreich (54 %), Frankreich (54 %), Portugal (53 %) und Luxemburg (52 %) am unteren Ende der Skala. Griechenland sollte gesondert betrachtet werden, da nur eine Minderheit der Befragten (47 %) angibt, einen behinderten Menschen zu kennen.

Mehr als 5 % der Bürger in der EU sagen von sich selbst, sie seien behindert.

- Eine große Mehrheit der Europäer erklärt, sie fühlten sich in der Gegenwart behinderter Menschen völlig unbefangen.

Acht von zehn Befragten geben an, sie seien in der Gegenwart behinderter Menschen unbefangen. Länderanalysen zeigen, dass eine Mehrheit der Bürger in Gegenwart behinderter Menschen unbefangen ist.

In Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Schweden, den Niederlanden, Spanien und Irland ist der Eindruck der Unbefangenheit am stärksten, da das Niveau der Unbefangenheit in jedem dieser Länder bei mindestens 3,5 liegt (der Durchschnitt wird anhand einer Skala errechnet, die von 1 (sehr befangen) bis 4 (völlig unbefangen) reicht und deren Mitte bei 2,5 liegt).

Zwischen dem Wert von 3,5 und dem europäischen Durchschnitt (3,28) ist eine zweite Gruppe von Ländern einzuordnen, in denen die Befragten ebenfalls angeben, sie seien in Gegenwart behinderter Menschen völlig unbefangen. Zu dieser Gruppe zählen Finnland (3,42), Belgien (3,37), Österreich (3,34), Luxemburg (3,29) und Portugal (3,28). Italien und Frankreich folgen dichtauf (3,17); hier geben die Befragten an, sie seien in Gegenwart behinderter Menschen einigermaßen unbefangen. Am unteren Ende der Skala schließlich rangieren Deutschland (3,01; in den östlichen Bundesländern 2,97) und vor allem Griechenland (2,65).

Andererseits sind über 40 % der Bevölkerung der Auffassung, „andere Menschen“ fühlten sich in Gegenwart von Menschen mit Behinderungen nicht unbefangen. Nur in Spanien gibt eine sehr hohe Zahl von Befragten an, andere Menschen seien in Gegenwart von Menschen mit Behinderungen unbefangen; hier liegt der Durchschnittswert höher als 3 (3,03); (vorherige Frage: 3,51). Spanien wird gefolgt von Irland, Belgien, Portugal, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Schweden und dem Vereinigten Königreich, wo das durchschnittliche Niveau der Unbefangenheit zwischen 3 und dem europäischen Durchschnitt (2,55) liegt. Österreich liegt etwas unterhalb des europäischen Durchschnitts; wobei sich andere nach Meinung der Befragten mit einem Wert von 2,54 tendenziell immer noch unbefangen fühlen. In Italien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden liegt der durchschnittliche Wert etwas unterhalb der Mitte von 2,5. Daraus lässt sich ablesen, dass die Bürger dieser Länder meinen, „andere Menschen“ fühlten sich in der Gegenwart behinderter Menschen befangen. Am Ende der Skala liegt Griechenland mit einem Durchschnittswert von 1,98.

## II. Zugang behinderter Menschen zu öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen

- Die Europäer äußern überwiegend deutliche Kritik daran, dass für Menschen mit Behinderungen der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen schwierig ist.

Insgesamt bewerten die Bürger der EU-15 den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen für behinderte Menschen als „ziemlich schwierig“ bis „sehr schwierig“. Auf einer Liste von 7 typischen Arten von Einrichtungen und öffentlichen Veranstaltungen bewerten 76 % den Zugang für Blinde als schwierig. Dieses Ergebnis liegt bei 73 %, wenn nach dem Zugang für geistig Behinderte gefragt wird, bei 71 % bei der Frage nach dem Zugang für Körperbehinderte, und es sinkt auf 54 %, wenn sich die Frage auf Gehörlose bezieht (die Durchschnitte werden errechnet, indem hinsichtlich der 7 typischen Einrichtungen und Veranstaltungen die Antworten „sehr schwierig“ und „ziemlich schwierig“ jeweils zusammengefasst werden. Dies sind: öffentliche Verkehrsmittel, andere öffentliche Dienstleistungen, Sportveranstaltungen, Arbeitsplatz, Mensa oder Schulkantine, Hotels.

- 88 % der Europäer sind der Meinung, dass der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Blinde schwierig ist (54 % halten ihn für „sehr schwierig“ und 34 % für „ziemlich schwierig“).
- 85 % erklären, dass es für körperbehinderte Personen schwierig sei, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.
- Fast drei Viertel der Befragten meinen, für geistig behinderte Menschen sei der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (einschließlich der öffentlichen Verkehrsmittel) schwierig.
- 59 % der Befragten beurteilen den Zugang zu Schulen und Universitäten für gehörlose Menschen als schwierig.

In den meisten Antworten auf Fragen zu den Zugangsbedingungen für behinderte Menschen zeigt sich eine kritische Bewertung der Situation, die Behinderte nur allzu häufig antreffen. Diese Kritik fällt in den verschiedenen Ländern unterschiedlich scharf aus. In Frankreich und Griechenland ist die Tendenz, den Mangel an Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen zu bedauern, am stärksten. Es folgen Portugal, Belgien und Italien, wo die Situation ebenfalls tendenziell kritisch gesehen wird. In Irland zeigt sich mit einer Position im Medianbereich (das heißt, mit ebenso vielen Antworten oberhalb wie unterhalb des europäischen Durchschnitts) eine eher gemäßigte Einstellung. Das Vereinigte Königreich und Luxemburg liegen bei einer Reihe von Antworten bereits unter dem europäischen Durchschnitt. In Deutschland, Finnland, den Niederlanden, Österreich und Spanien ist diese Tendenz noch stärker ausgeprägt. Die Antworten in Schweden unterscheiden sich insofern deutlich von denen der übrigen EU-Länder, als sie weniger kritisch sind und durchgängig unter dem EU-15-Durchschnitt liegen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Schweden häufig als Vorbild angeführt wird, wenn es um die Bereitstellung von behindertengerechten Einrichtungen geht.

- Entwicklungen im Hinblick auf eine Verbesserung der Zugangsbedingungen

57 % der Europäer sind der Meinung, dass sich die Zugangsbedingungen zu öffentlichen Räumen in den letzten zehn Jahren verbessert haben (der EU-15-Durchschnitt von 2,62 wurde ausgehend von einer Skala von 1, „überhaupt nicht verbessert“, bis 4, „deutlich verbessert“ ermittelt). In vier Ländern wurden nur wenige Verbesserungen registriert: Griechenland (1,85), Portugal (2,13), Italien (2,41) und Frankreich (2,49). Sehr nahe am europäischen Durchschnitt ( $\pm 0,1$  Punkte) liegen Länder, in denen die Befragten der Meinung sind, dass in den letzten zehn Jahren gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten geschaffen wurden. Zu diesen Ländern gehören Spanien, Dänemark, Belgien, Deutschland und Irland. Deutlich positiver werden die Veränderungen in Luxemburg (2,84), dem Vereinigten Königreich (2,91), Österreich (2,95), Schweden (2,97), den Niederlanden (2,99) und Finnland (3,03), dem einzigen Land, das oberhalb der Schwelle von 3 Punkten liegt, bewertet.

### III. Wer ist dafür zuständig, den Zugang zu öffentlichen Räumen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern?

- Im Wesentlichen zuständig: die lokalen Behörden

66 % der Befragten in der EU sind der Auffassung, dass im Wesentlichen die lokalen Behörden dafür zuständig sind, den Zugang zu öffentlichen Räumen für behinderte Menschen zu verbessern. 55 % nennen die Regierung, 30 % Arbeitgeber und Unternehmen, 28 % Nichtregierungsorganisationen oder ehrenamtliche oder karitative Organisationen. Die Europäische Union steht mit 16 % an 5. Stelle.

- Der Wunsch, gemeinsame Verantwortung zu fördern

Diese Ergebnisse, in denen der Wille der Europäer zum Ausdruck kommt, gemeinsame Verantwortung und ein gemeinsames Engagement aller Beteiligten zu fördern, sind ein interessanter Denkanstoß für weitere Überlegungen im Hinblick auf das Jahr 2003.

### IV. Die Europäer und ihr Informationsniveau über Behinderungen

- Große Defizite bei Informationen über Behinderungen

57 % der Europäer räumen ein, sie wüssten nicht genug über die 21 in dem Fragebogen aufgeführten Arten von Behinderungen (der Durchschnittswert errechnet sich aus den Ergebnissen zu den einzelnen Punkten). Hervorzuheben ist jedoch, dass das Wort „Behinderung“ eine Reihe von Beeinträchtigungen abdeckt, über die die Bevölkerung unterschiedlich gut informiert ist. Der Informationsstand hinsichtlich der genannten Behinderungen lässt sich in vier größere Gruppen unterteilen:

- Beeinträchtigungen aufgrund von Langzeiterkrankungen wie Krebs, Asthma, Arthritis oder Diabetes (die nicht immer als Behinderung betrachtet werden): Diese Behinderungen sind die einzigen mit einem Informationsniveau von 50 % oder mehr. In absteigender Reihenfolge zählen dazu Krebs (61 %), Asthma und Diabetes (58 %) und Arthritis (54 %).
- Behinderungen, die einer weiter verbreiteten Vorstellung von Behinderung entsprechen, wie beispielsweise körperliche oder sensorische Behinderungen: So halten sich beispielsweise 48 % der Europäer für informiert über Beeinträchtigungen des Sehvermögens, 46 % über Beeinträchtigungen des Hörvermögens, 43 % über den Schlaganfall und nur 23 % über die Muskeldystrophie, die unter den 21 ausgewählten Behinderungen die geringsten Werte erzielt.
- Geistige und psychische Beeinträchtigungen sind am wenigsten bekannt. Nur 37 % der Europäer halten sich im Hinblick auf die Alzheimer-Krankheit, 35 % im Hinblick auf die Parkinsonsche Krankheit und 31 % im Hinblick auf psychische Behinderungen für ziemlich gut informiert.
- Zu den sonstigen Arten von Behinderungen, über die die Europäer unterschiedlich gut informiert sind, gehören: Hirnverletzungen, Kopfverletzungen und Schädigungen des Rückenmarks (25 %), multiple Sklerose (32 %) sowie Schädigungen des Skeletts (30 %).

- Vage Vorstellungen von der Zahl der Menschen mit Behinderungen.

Nahezu ein Viertel der Europäer vermutet, dass 20 % oder mehr der Bevölkerung in ihrem Land behindert sind. Im Gegensatz dazu geben nur 5 % der Befragten an, sie seien behindert. 19 % der Europäer haben keine Meinung zu der tatsächlichen Zahl der Behinderten in ihrem Land.

## V. Die Europäer und die Integration behinderter Menschen

➤ Praktisch alle Europäer sprechen sich für eine bessere Integration behinderter Menschen aus.

97 % der Europäer meinen, dass etwas getan werden müsste, um Menschen mit Behinderungen besser in die Gesellschaft zu integrieren (beispielsweise durch einen erleichterten Zugang zu öffentlichen Räumen). Konkreter sprechen sich 93 % der Befragten dafür aus, mehr Geld in die Beseitigung physischer Hindernisse, die das Leben körperlich behinderter Menschen erschweren, zu investieren. 72 % sind dafür, dass behinderte Kinder dieselben Schulen besuchen wie andere Kinder. Diese positive Einstellung wird durch die Tatsache bestätigt, dass nur eine Minderheit von 39 % der Befragten der Auffassung ist, behinderte Menschen seien am Arbeitsplatz weniger produktiv. Außerdem lehnen 76 % der Europäer die Vorstellung ab, dass Menschen mit Behinderungen aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden sollten.

Erwähnenswert ist der Umfang der Abweichungen in einigen Ländern.

- *“Menschen mit Behinderungen sollten besser in die Gesellschaft integriert werden”*: Diese Forderung wird in allen europäischen Ländern eindeutig unterstützt. Der EU-Durchschnittswert liegt auf einer Skala von 1 (“starke Ablehnung”) bis 4 (“starke Zustimmung”) bei 3,7. Die meisten Länder erreichen einen Wert zwischen 3,6 und 3,8, wobei Irland und Griechenland mit Werten von 3,86 bzw. 3,89 am oberen Ende der Skala liegen. (Mit anderen Worten: 89 % der Befragten in Griechenland äußern starke Zustimmung zu dieser Forderung). Am anderen Ende der Skala befinden sich Portugal und die Niederlande mit Werten von 3,51 bzw. 3,49.
- *„Beseitigung physischer Hindernisse“*: Diese Forderung wird mit einem EU-Durchschnittswert von 3,57 ebenfalls in allen europäischen Ländern weitgehend unterstützt. Auch hier wieder unterscheiden sich Irland (3,75) und Griechenland (3,8) von den Niederlanden (3,35), Belgien (3,44), Österreich (3,46) und Portugal (3,47), die als einzige vier Länder einen Wert von unter 3,5 aufweisen.
- *“Bessere Integration behinderter Kinder in der Schule”*: Die Mehrheit der Europäer meint, dass behinderte Kinder dieselben Schulen wie andere Kinder besuchen sollten. Vor allem in Italien stimmt eine große Mehrheit der Befragten dieser Äußerung zu. Die Mehrheit der anderen Länder liegt zwischen 3,2 und 3 (“Zustimmung im Großen und Ganzen“) Einen Wert unter 3 weisen vier Länder auf; dies sind in absteigender Reihenfolge: Portugal (2,95), Niederlande (2,93), Griechenland (2,9) und Belgien (2,84).
- *“Behinderte Menschen sind am Arbeitsplatz weniger produktiv”*. Die Europäer stehen dieser Behauptung “eher ablehnend“ gegenüber (Durchschnittswert 2,34). In fünf Ländern ist die Ablehnung mit einem Durchschnittswert zwischen 2,3 und 2,1 etwas stärker. Zu diesen Ländern gehören die Niederlande, Schweden, Italien, das Vereinigte Königreich und Spanien. Mehrere Länder liegen etwas unterhalb des Medianwerts (2,5): Finnland (2,38), Frankreich (2,41), Irland (2,45), Luxemburg (2,47) und Österreich (2,49). Das Ergebnis in Griechenland entspricht genau dem Medianwert.
- *“Geistig behinderte Menschen sollten aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden”*. Der europäische Durchschnittswert (1,71) zeigt, dass diese provozierende Aussage rigoros abgelehnt wird. In allen europäischen Ländern wurde die Vorstellung einer gesellschaftlichen Ausgrenzung geistig behinderter Menschen abgelehnt. Nach dem Grad der Ablehnung lassen sich zwei Gruppen von Ländern unterscheiden.
  - Fünf Länder standen der Forderung “eher ablehnend“ gegenüber: Italien (1,89), Portugal (1,87), Vereinigtes Königreich (1,85), Frankreich (1,79) und Irland (1,78).
  - In fünf Ländern wurde sie “sehr stark“ abgelehnt: Deutschland (1,71), Belgien (1,7), Finnland (1,69), Spanien (1,52) und Luxemburg (1,5). Fünf Länder schließlich liegen unter einem Wert von 1,5: Österreich, Griechenland, Niederlande, Schweden und Dänemark mit dem niedrigsten Wert von 1,33.

➤ Die tatsächliche Situation

Die letzte Frage verweist auf das Gefühl der Befangenheit bzw. Unbefangenheit in Gegenwart von Personen im Rollstuhl mit unterschiedlichem sozialem Status und in unterschiedlichen Funktionen. Auf europäischer Ebene ist eine Beobachtung bemerkenswert: Das Gefühl, in jeder Situation unbefangen zu sein, wird mit einem europäischen Durchschnittswert von 84 % von einer großen Mehrheit geäußert. 89 % der Bürger in der EU würden sich in Gegenwart eines Nachbarn im Rollstuhl unbefangen fühlen, 86 % in Gegenwart eines Kollegen im Rollstuhl und 80 % in Gegenwart

eines Vorgesetzten im Rollstuhl. Nur die Vorstellung, mit einem Arzt im Rollstuhl zu tun zu haben (76 %), scheint diese positive Einstellung leicht zu ändern.

\*\*\*

Abschließend sollte darauf hingewiesen werden, dass die Umfrage nur die von den Europäern zum Ausdruck gebrachten Meinungen erfasst, welche nicht unbedingt ihr Verhalten im Alltag widerspiegeln. Die Europäer mögen zwar über die verschiedenen Behinderungen und die damit zusammenhängenden Probleme nur sehr ungenau informiert sein. Dies heißt aber nicht, dass sie der Problematik gleichgültig gegenüber stehen. Vielmehr zeigt sich spürbar der Wille zur Veränderung. Die Behörden sind eindeutig aufgefordert zu handeln. Sie sind es, die den ersten Schritt tun müssen, aber auch die Geschäftswelt ist aufgefordert zu handeln, um die Qualität des Alltags von Behinderten zu verbessern. Dieser Auftrag geht auch, wenn auch in geringerem Maße, an die Europäische Union.

Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage sind – indirekt eine Anprangerung der allzu oft tolerierten oder ignorierten Verhältnisse in der Praxis und – ein eindeutiger Appell an die Entscheidungsträger im weiteren Sinne: an Politiker, Beamte, Arbeitgeber und Leiter von Organisationen, die auf lokaler, staatlicher oder europäischer Ebene tätig sind.

---

Kontakt: Herr/Frau

Tel:

E-Mail: